

„Wir müssen umsteuern, sonst bleiben wir nicht länger eine Industrienation“



Hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und Bürokratie: 2025 kämpfen Unternehmen mit vielen Problemen. Was braucht Leipzigs Wirtschaft nun? Die Forderungen an die Politik auf dem Neujahrsempfang der Leipziger Wirtschaft sind klar.

Von Florian Reinke
15.01.2025, 00:00 Uhr

 Artikel anhören

Dass ihm kein entspannter Abend bevorsteht, dürfte Michael Kretschmer (CDU) schon auf der Fahrt nach Leipzig gewusst haben. Der sächsische Ministerpräsident hatte sich zum Neujahrsempfang der Leipziger Wirtschaft angekündigt – und diese ist alles andere als in Feierlaune.

Die Firmen kämpfen mit einer schwachen Konjunktur, hohen Preisen und beklagen eine überbordende Bürokratie. Laut Ifo-Institut dürfte die Wirtschaftsleistung in Sachsen im vergangenen Jahr um 0,5 Prozent gesunken sein. Auf der Veranstaltung von Unternehmerverband Sachsen, Handwerkskammer zu Leipzig (HWK), Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Leipzig sowie Marketing Club Leipzig am Montagabend ging es somit überaus kontrovers zu. Im Fokus: Die Pläne der neuen Minderheitsregierung in

Sachsen – und die Bundestagswahl im Februar. Ein Blick auf fünf der häufig genannten Herausforderungen der Wirtschaft und mögliche Lösungsansätze.

► **1. Investitionsschwäche: Wirtschaft drängt auf Zukunftsstiftung**

Für eine florierende Volkswirtschaft braucht es Investitionen – ob in Produktionsanlagen, die Bildungslandschaft oder Straßen und Brücken. Das Problem: Unsichere Zukunftsaussichten, schwache Nachfrage im In- und Ausland sowie hohe Zinsen haben die Investitionsbereitschaft in Sachsen gedämpft. Zuletzt überwogen in allen Branchen jene Unternehmen, die weniger investieren wollen.

„Wir brauchen strategische Investitionen in Zukunftsfelder, in die Infrastruktur“, fordert daher IHK-Präsident Kristian Kirpal. Ins Spiel bringt er erneut eine sächsische Zukunftsstiftung. Mit der Gründung könnten – unabhängig von Engpässen in Haushalten – wegweisende Projekte für den Freistaat umgesetzt werden, etwa in den Bereichen Wirtschaft, Innovation oder Forschung. „Damit könnten wir ein Stück weit Aufbruchstimmung generieren, und es wäre ein mutiger, neuer Weg.“

Mit seinen Ideen stößt Kirpal aber auf einen zunächst skeptischen Ministerpräsidenten. Der Regierungschef plädiert eher dafür, wo nötig den Sozialstaat zurückzufahren und Wachstumsbremsen zu lösen. Einen Konsens scheint es hier noch nicht zu geben – doch führende Wirtschaftsvertreter kündigten im Nachgang an, weiter für ein Ankurbeln der Investitionen kämpfen zu wollen.

► **2. Fachkräftemangel: „Es braucht neue Wege“**

Ob auf dem Bau, in der Gastronomie oder im Handwerk – der Fachkräftemangel wird zur großen Herausforderung für die kommenden Jahre. Bis 2030 könnten dem Freistaat über 300.000 erwerbsfähige Menschen fehlen. „Die Personalnot ist zweifellos unser Standortrisiko Nummer eins“, sagt Handwerkskammer-Präsident Matthias Forßbohm. Für ihn ist klar: Es braucht nicht nur neue Wege bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, sondern auch Mut, um Schulabgänger mit innovativen Maßnahmen zu fördern.

Die HWK Leipzig hat dabei schon vorgelegt – etwa mit der Anwerbung vietnamesischer Fachkräfte und deren Ausbildung im Heimatland. Diesen Mut fordere man auch von Politik und Verwaltung. Geht es nach dem HWK-Präsidenten, könnten „in der regionalen Wirtschaft Partner gewonnen werden, die außerschulische Lernorte zur Verfügung stellen, um Lücken zu schließen und berufliche Orientierung zu geben.“

Von alleine gehe das aber nicht: „Dazu brauchen unsere Betriebe unbürokratische Unterstützung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht.“ Auch IHK-Präsident

Kirpal fordert „die klare Unterstützung der Staatsregierung“ – die der Regierungschef auch in Aussicht stellt.

► **3. Energiepreise: „Sachsen muss wieder wettbewerbsfähig werden“**

Nicht nur die Industrie, auch der Mittelstand leidet unter den hohen Energiepreisen. Sie zählen zu den höchsten weltweit. Deutschland und Sachsen müssen schnellstmöglich wieder international wettbewerbsfähig werden, fordern die Wirtschaftsvertreter. Sie setzen sich für eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau sowie eine Finanzierung weiterer Umlagen über den Staatshaushalt ein.

IHK-Präsident Kirpal macht zudem klar, dass bezahlbare Energie Technologieoffenheit erfordere. Was bei einer Fokussierung auf die Erneuerbaren passiere, könne man gerade deutlich erleben. „Wir müssen umsteuern, sonst bleibt Deutschland nicht länger Industrienation.“

Da befindet er sich auf einem Level mit dem Ministerpräsidenten. Als Beispiel dafür, was Sachsen und anderen Bundesländern droht, wenn die Preise nicht rasch sinken, nennt er Dow Chemical mit seinen Werken in Schkopau (Sachsen-Anhalt) und im sächsischen Böhlen.

Die Amerikaner, so Kretschmer, überlegten gerade, die Produktion hierzulande einzustellen, weil es sich für sie nicht mehr rechne. Doch klar ist allen: Der Freistaat kann die Herausforderungen nicht alleine lösen – hier braucht es die Bundespolitik.

► **4. Verlässlichkeit: Firmen fordern klaren Plan**

Wohlstand hängt von verlässlicher Regierungspolitik ab – doch genau daran mangelt es laut Leipziger Wirtschaftsvertretern derzeit. Von einem „gravierenden Problem“ spricht ein hochrangiger Manager mit Blick die ungeklärten politischen Verhältnisse in Berlin und die Minderheitsregierung in Sachsen.

Das Kernproblem: Wissen Unternehmen nicht, worauf sie sich in den kommenden Jahren einstellen können, fahren sie Investitionen zurück und stellen weniger Menschen ein. Ines Zekert, Präsidentin des Marketing Clubs Leipzig, fordert die Politik zudem auf, Projekte zu priorisieren – die Wirtschaft müsse vorn dabei sein.

► **5. Bürokratie – und mehr Mitsprache: „Mikromanagement muss aufhören“**

Mikromanagement, Bürokratiewahn, Regelungswut: Seit Jahren klagen Unternehmen mit drastischen Schlagworten über die zunehmenden staatlichen Anforderungen – doch grundlegende Änderungen lassen auf sich warten. Dietrich Enk, Präsident des

Unternehmerverbands Sachsen, fordert daher eindringlich Reformen: „Wir müssen zwingend über die Tellerränder der Landesebene hinausgehen.“

Zu den Forderungen der IHK indes gehört ein „sofortiges Moratorium für neue Regulierungen“. Zudem setzen sich die Kammern für ein einheitliches Verfahren ein, um bestehende Regelungen zu überprüfen. Hier richten sich die Appelle auch in Richtung Berlin und nach Brüssel: Denn viele Regularien kommen von Bundes- oder EU-Ebene.

Auch mehr Mitsprache wird eingefordert: So will die Leipziger Wirtschaft am Konsultationsverfahren der neuen Landesregierung partizipieren. „Wir werden uns einmischen, so oder so. Ein geregeltes Verfahren wäre aber im Sinne aller“, sagt HWK-Präsident Forßbohm.

Ungeachtet aller Herausforderungen gibt es für Leipzigs Wirtschaftsvertreter auch einen Lichtblick: Mit Wirtschaftsminister Dirk Panter, Sozialministerin Petra Köpping (beide SPD), Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow und Landwirtschaftsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (beide CDU) kommen wichtige Minister der neuen Regierung aus dem Raum Leipzig.